

KLARtext

Sparen für wen?

Schuldenerlass statt Sparpakete

Herausgegeben von
Klartext e.V.

Umschlaggestaltung
Klemens Gresch

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz dieser Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich

DVS
Digitaler Vervielfältigungs- und Verlagsservice
Frankfurt am Main, April 2000
ISBN 3-932246-25-X

SPAREN für wen ?

**Schuldenerlass
statt Sparpakete**

DVS

Wer oder was ist KLARtext?

KLARtext wurde am 28.2.93 in Frankfurt als Verein gegründet und hat heute über 90 Mitglieder im ganzen Bundesgebiet (aktiv im Rhein-Main Gebiet, Kiel, Hannover, Braunschweig, Hanau und anderen Orten).

Anlaß für die Gründung waren die Anschläge auf Einwanderer im Jahr 1992. Ein paar Leute, die sich aus einer ehemaligen Deutsch-Ausländischen-Stadtteilinitiative kannten, entwickelten im Herbst 1992 die Ideen für KLARtext.

Wir zeigen, daß die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten verlaufen. Wir wollen die Sanierung der Staatsfinanzen zu Lasten der Banken, der Konzerne und der Reichen, nicht zu Lasten der Millionen beschäftigten und arbeitslosen ArbeitnehmerInnen.

Wir machen verständliche Flugblätter (bisher siebzehn). Auflage bisher: weit über 100.000. Themen z.B. Keine Firmenspenden für Parteien, Aktien wichtiger als Brot? Mehrwertsteuer auf Aktienhandel, Doppelte Staatsbürgerschaft für alle Einwanderer - nicht nur für Aussiedler usw.

Am liebsten machen wir Aktionen.

Aktionen u.a.

Juli 1993 gegen die Absetzbarkeit von Bewirtungskosten: Geschäftsessen vorm Arbeitsamt bzw. der Börse

Oktober 1993 gegen die Pensionen für entlassene politische Beamte: Arbeitslosengeld auf Lebenszeit - Hängematte vor dem Hessischen Landtag

März 1994 gegen die unbegrenzte steuerliche Absetzbarkeit von Geschäftswagen: Arbeitslose ziehen BMW über die Zeil, den sie mit Sozialabbau finanzieren

April 1994 gegen die Abwälzung der Schneider-Pleite auf die Steuerzahler: Transparent-Aktion auf der Zeil-Galerie. Banken sollen für Spielverluste selbst aufkommen.

Dezember 1994 für Schuldenerlaß bei öffentlichen Schulden: Bankmonster frißt Sozialleistungen „Zinsen senken statt Leistungen kürzen“

Juli 1995 für die Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums auf 18.000 DM: Waigel verzockt am Bonner Roulettetisch Steuergelder an Banken und Konzerne

Februar 1996: „Nur die Leut' mit ganz viel Patte, ruh'n in der Gold'nen Hänge-
matte“ - Teilnahme mit LKW „Reiche und arme Schweine“ am Heddernheimer
Faschingsumzug; Streichen bei den Reichen statt Sparen bei den Armen

Mai 1997 für drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich: „Mit
Dienstsämfen die Arbeitslosigkeit halbieren“-Teilnahme mit Dienstsänfte und
acht Sänftenträgern am 1. Mai

Mai 1998 gegen die Anspruchsmentalität der Millionäre: Teilnahme mit einem
Zins(spar)schwein am 1. Mai

Mai 1999 gegen den Arbeitsplatzabbau bei Fusion Rhône-Poulenc/Hoechst
AG: Hochzeitspaar, ArbeitnehmerInnen tragen die MitGIFT-Truhe mit
Arbeitsplatzvernichtung

November 1999: Schuldenerlaß statt Sparpaket, Anzeige Frankfurter Rund-
schau

Februar 2000 gegen Firmenspenden an Parteien, Teilnahme als Politikerhasen
(„Ich weiß von nichts“) am Heddernheimer Faschingszug

Inhalt

Wer oder was ist KLARtext?	4
Einleitung	9
1	
Der Staat hat nicht genug Geld	10
... für Kindergärten	10
... für Schulen	10
... für Hochschulen und Fachhochschulen	10
... für Volkshochschulen	11
... für Krankenhäuser und Kuren	11
... für Pflegeheime	11
... für Gerichte	12
... für Behörden und Ämter	12
... für Jugendtreffs	12
... für öffentliche Versammlungsräume	13
... für kostenlose oder billige Nutzung von Sportanlagen	13
... für öffentlichen Nahverkehr	13
... für Arbeitslose	14
... für Rentnerinnen und Rentner	14
Der Staat hat nicht genug Geld für uns	15
2	
Der Staat hat genug Geld	16
2.1	
... für die Subventionierung von Unternehmensprofiten	16
2-2	
Gewinnsteuersenkungen, also Einnahmeausfälle, sind indirekte Staatsausgaben.	18
2-3	
Der Staat hat genug Geld	
... für die Subventionierung von Firmenübernahmen und Finanzgeschäften	19
2-4	
Der Staat behauptet, Gewinnsteuersenkungen kämen Investitionen und Arbeitsplätzen zugute	20
2-5	
Der Staat hat genug Geld	
... für den Ausgleich von Verlusten der Banken aus windigen Geschäften	21

2-6	
Der Staat hat genug Geld	
... für die Vermehrung des Immobilienvermögens der Reichen	22
2-7	
Der Staat hat genug Geld	
... für Profitsubventionen	24
2-8	
Warum sollen wir dafür zahlen,	
... daß der Staat im Interesse der Banken und Konzerne	
Steuerprüfungen vernachlässigt und dadurch auf	
Gewinnsteuern verzichtet?	25
2-9	
Warum sollen wir dafür zahlen,	
... daß die Reichen Steuern hinterziehen?	26
2-10	
Warum sollen wir ferner dafür zahlen	27
2-11	
Vorläufiger Höhepunkt der Steuergeschenke	
- die Steuerreform 2000	28
3	
Wohin fließt das Geld?	30
3-1	
Sparen für die Anhebung der Prozentsätze von Renditen?	30
3-2	
Sparen für die Förderung der Konzentration von	
Banken und Konzernen?	32
3-3	
Sparen für die Ausdehnung der Aktienmärkte?	33
3-4	
Staatsverschuldung - Folge von Profitratensubventionen	34
3-5	
Sparen für Zinszahlungen und Tilgung der Staatsschulden?	36
3-6	
Sparen für die Bereicherung der Banken und der Reichen	38
3-7	
Von wem hängt der Staat ab?	40
3-8	
Sparen für den Abbau von Staatsschulden?	42

4	
Der Staat ist faktisch bankrott.	43
4-1	
Stellen Sie sich vor, Ihr Privathaushalt wäre der Bundeshaushalt	43
4-2	
Bundeshaushalt: 80% der Einnahmen für Zinsen und Tilgung der Schulden	44
4-3	
Der Staat kann seine Schulden nie wieder zurückzahlen	45
4-4	
Deutschland - vergleichbar mit überschuldeten Ländern der Dritten Welt	47
4-5	
Wollen wir, daß Finanzanleger die Haushaltspolitik bestimmen?	48
5	
Entschuldung ist angesagt	50
5-1	
Schuldenerlaß auch in Deutschland	50
5-2	
Streichung der Altschulden der DDR	51
5-3	
Schuldenerlaß - Banken und Anleger sollen Eigenverantwortung tragen ..	52
5-4	
Die „letzte Hoffnung“: Verdrängungskonkurrenz	56
Anhang	
Flugblatt zum Schuldenerlass in Deutschland	59

Einleitung

Wenn wir vom Staat etwas wollen, heißt es immer: Es ist kein Geld da. Der Staat ist verschuldet.

Alle müssen sparen - sagen die Politiker.

Das stimmt nicht.

Bei den Unternehmen als ganzen und insbesondere bei den Gläubigern der Staatsschulden wird nicht gespart.

Im Gegenteil: sie werden in immer stärkeren Maße staatlich subventioniert. Wir zahlen - andere kassieren.

Was gehen mich die Staatsschulden an? Fragen Sie vielleicht.

Ganz einfach: Sie müssen sie bezahlen.

Mit Steuererhöhungen, mit höheren Gebühren, mit der Verschlechterung staatlicher Dienstleistungen in allen Bereichen, mit Personalabbau usw.. Menschen sind lästige Kostenfaktoren, nicht nur für die Betriebe, sondern auch für den Staat.

Die Bundesregierung will die Staatsschulden senken. Gut so.

Das soll sie aber nicht auf unsere Kosten tun, sondern auf Kosten derer, die sie verursacht haben und derer, die von ihnen profitieren.

Wenn wir die Rechnung zahlen sollen, müssen wir sie prüfen.

Wer oder was hat die Staatsschulden verursacht?

Für wen oder wofür sollen wir immer wieder verzichten?

Warum sollen wir für Schulden geradestehen, die wir nicht verursacht haben?

In dieser Broschüre stellen wir die Schulden, ihre Verursacher und Nutznießer auf den Prüfstand.

1 Der Staat hat nicht genug Geld

... für Kindergärten:

- * Gruppenstärken werden erhöht.
- * Wenn Betreuer krank sind, müssen Eltern selber sehen, wo ihr Kind bleibt.
- * Trotz eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind fehlt Geld für Neubauten.
- * Landeszuschüsse werden gekürzt.
- * Reinigungskräfte werden eingespart, so daß Eltern selber putzen müssen.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für höhere Kindergartengebühren, für ein Klettergerüst usw.

... für Schulen:

- * Die Klassenstärken nehmen zu, ständig fällt Unterricht aus.
- * Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer wird verlängert. Der Durchschnittslehrer ist immer älter und sein Arbeitsstreß wächst.
- * Unterrichtsmaterialien fehlen und müssen (trotz Lernmittelfreiheit) zunehmend selbst bezahlt werden.
- * Für Renovierungen und dringende Reparaturen ist kein Geld da.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für Elternspenden, für Lernmittel, für die notwendige Nachhilfe, für Klassenfahrten, für den Beitrag zum Förderverein usw.

... für Hochschulen und Fachhochschulen:

- * Die Hörsäle sind überfüllt. Lehrkräfte haben für individuelle Betreuung kaum Zeit.

- * Immer weniger Studierende bekommen Bafög. Und wenn sie es bekommen, reicht's nicht.
- * Wohnheimplätze für Studierende werden abgebaut und sind Mangelware.
- * Es fehlt an Büchern und Lernmitteln.
- * Aus all diesen Gründen müssen Studierende länger studieren.

Aber die Studierenden müssen immer genug Geld haben

- für immer teurere Mieten, für Studiengebühren, für Bücher usw.

... für Volkshochschulen:

- * Zuschüsse für Volkshochschulen werden gestrichen.
- * Die Zahl der Kurse wird reduziert.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für höhere Kursgebühren und für teurere private Kursangebote

... für Krankenhäuser und Kuren:

- * Abteilungen werden geschlossen.
- * Sie können lange auf Operationen warten.
- * Ärzte und Krankenschwestern sind überlastet.
- * Die Dauer der Kuren wird gekürzt und die Zeiten zwischen den Kuren werden verlängert.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

* für „Eigenanteile“ bei Krankenhaus- und Kuraufenthalten, für Notopfer und private Vorsorge.

... für Pflegeheime:

- * Die Budgets für Personalkosten werden enger.
- Weniger Personal pflegt mehr pflegebedürftige Menschen.

- * Der Pflegeaufwand wird kleinlich und minutiös abgerechnet.
- * Betreuungszeit für Persönliches wird geringer.
- * Geld für Ausflüge und Freizeitgestaltung ist knapp.

Aber Sie und Ihre Kinder müssen immer genug Geld haben

* aus dem Verbrauch Ihres angesparten kleinen Vermögens, für Kostenbeiträge aus Unterhaltspflichten usw., für die Pflegeversicherung usw.

... für Gerichte:

* Sie müssen immer länger warten, bis über Ihre Klage gegen eine Kündigung, für höhere Sozialhilfe oder Rente vor dem Arbeitsgericht, dem Verwaltungsgericht oder dem Sozialgericht entschieden wird (teilweise Jahre).

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für Gerichtskosten und Gebühren.

... für Behörden und Ämter:

* SachbearbeiterInnen wimmeln Sie immer häufiger ab, wenn Sie in Not geraten oder wenn Sie etwas wollen. Die Zahl der Klienten pro SachbearbeiterIn steigt, die Wartezeiten werden länger. Leute, die zu wenig zum Leben haben, allein zu lassen, nennt sich „Kundenfreundlichkeit“.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- um sich durchzuschlagen.

... für Jugendtreffs:

- * Jugendhäuser werden geschlossen.
- * Preiswerte Treffs für Jugendliche, wo man mit Freunden feiern, quatschen und spielen kann, wo man Musik machen, Musik hören und tanzen kann, sind Mangelware.

Aber Jugendliche müssen immer genug Geld haben

- um es in Kneipen und Discos auszugeben, um sich Spiele selber zu kaufen und um ihre Freizeit selbst zu gestalten.

... für öffentliche Versammlungsräume:

- * Bürgerhäuser werden geschlossen.
- * Versammlungsräume ohne Verzehrzwang sind knapp.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für höhere Mieten in öffentlichen Versammlungsräumen, für die Nutzung von Räumen in Kneipen, Restaurants und Hotels usw.

... für kostenlose oder billige Nutzung von Sportanlagen:

- * Schulsport wird abgebaut.
- * Zuschüsse für Sportvereine werden gekürzt.
- * Schwimmbäder werden geschlossen oder ihre Öffnungszeiten verkürzt.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für Beiträge für Vereine und Fitneßstudios, für Sportkurse und die Nutzung von Sportanlagen und für steigende Eintrittsgelder für Schwimmbäder usw.

... für öffentlichen Nahverkehr:

- * Bus- oder Straßenbahnlinien werden eingestellt.
- * Taktzeiten werden verlängert.

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für höhere Fahrpreise

... für Arbeitslose:

* Die Bundesregierung will 30 Mrd. DM sparen, indem sie die Arbeitslosenhilfe streicht. Mit dem Sparpaket 1999 wurden bei Arbeitslosen schon 5 Mrd. DM eingespart.

* Unterstützungen für Arbeitslose werden gekürzt, die Anforderungen an Bewerbungsnachweise werden erhöht.

* Arbeiten für 1.000 DM netto im Monat sind für SozialhilfebezieherInnen zumutbar, auch wenn man die Miete davon nicht zahlen kann.

Arbeitslose haben ja bekanntlich immer genug Geld.

... für Rentnerinnen und Rentner

* Das Rentenalter wird heraufgesetzt, obwohl es immer weniger Menschen gibt, die ab 60 überhaupt noch arbeitsfähig sind.

* Bei Rentnerinnen und Rentnern wird gespart, um den staatlichen Zuschuß zur Rentenversicherung zu senken (1998 immerhin 88 Mrd. DM).

Aber Sie müssen immer genug Geld haben

- für private Altersvorsorge und für den Ausgleich der Einkommensausfälle.

usw. usf.

Der Staat hat angeblich kein Geld, Unternehmen haben kein Geld.

Nur wir sollen immer Geld genug haben

- und das bei sinkenden Einkommen.

Da stimmt doch was nicht!?

Der Staat hat nicht genug Geld für uns,

* obwohl wir mehr Lohnsteuer zahlen als je zuvor.

Der Anteil der Lohnsteuern an der Bruttolohn- und Gehaltssumme betrug 1980 15,8% und 1997 in Gesamtdeutschland 19,7%.¹

* obwohl selbst das Existenzminimum noch besteuert wird²,

* obwohl wir Mehrwertsteuer abführen wie nie zuvor.

1980 betrug sie 13%, heute 16%. Tendenz steigend.

Selbst Arbeitslose und Arme zahlen für hundert DM, die sie erhalten, zehn DM in Form von indirekten Steuern an den Staat zurück.

* obwohl staatliche Behörden und Einrichtungen uns immer höhere Gebühren für ihre „Dienste“ abverlangen.

**Wir müssen ständig mehr an den Staat zahlen
und erhalten dafür immer weniger.**

**Das Ganze nennt sich inzwischen auch noch
kundenfreundliches Dienstleistungsunternehmen.**

Etwas ist faul im Staat.

¹ Statistisches Taschenbuch 1999, Tab. 1.13 und 1.15

² Laut Bundesverfassungsgericht muß das Sozialhilfeniveau eines Erwerbstätigen steuerfrei bleiben. Z.Zt. sind aber nur 1.125 DM mtl. steuerfrei (13.500 DM jährlich). Bei diesem Einkommen hätte jeder Erwerbstätige einen Anspruch auf Sozialhilfe.

Das steuerfreie Existenzminimum muß mindestens 18.000 DM jährlich oder 1.500 DM monatlich betragen.

2 Der Staat hat genug Geld

2.1 ... für die Subventionierung von Unternehmensprofiten

Unternehmensgewinne steigen - Gewinnsteuern sinken ¹

	Brutto- gewinne Unternehmen in Mrd. DM A	Gewinn- steuern ² in Mrd. DM B	Steuer- satz B in % von A
1960	76,4	21,4	28,0
1970	131,9	36,9	28,0
1975	146,0	57,1	39,1
1980	177,8	86,7	48,8
1985	229,5	95,8	41,7
1990	369,0	108,7	29,5
1991*	459,5	114,5	24,9
1992	484,7	111,5	23,0
1993	492,6	103,1	20,9
1994	542,6	89,2	16,4
1995	581,4	74,3	12,8
1996	632,8	92,0	14,6
1997	655,0	92,4	14,1
1998	690,0 ^s	102,5	14,9

s = Schätzung; * ab 1991 Gesamtdeutschland

Würden die Unternehmensgewinne 1998 genauso besteuert wie 1985, wären 185 Mrd. DM mehr in den öffentlichen Kassen.

Und es gäbe viele Probleme nicht.

Warum sollen wir dafür zahlen?

Übrigens:

Seit 1991 sind die direkten Subventionen an die Unternehmen höher als die Gewinnsteuern, die sie zahlen. Die Gewinnsteuern fließen vollständig wieder an das Kapital zurück. In diesem Sinne zahlt das Kapital insgesamt überhaupt keine Steuern mehr.

¹ Gewinnsteuern sind die Summe von Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und veranlagter Einkommensteuer.

² Tabelle aus: Rainer Roth, Das Kartenhaus, Frankfurt 1999, 70 und 73

2-2

Gewinnsteuersenkungen, also Einnahmeausfälle, sind indirekte Staatsausgaben.

Es macht von der Wirkung her keinen Unterschied, ob der Staat privaten Unternehmen

direkt Geld gibt, das deren Gewinne erhöht oder ob er auf Steuereinnahmen verzichtet,

damit mehr Geld in den privaten Unternehmen verbleibt.

Beides sind Ausgaben. So oder so hat der Staat weniger Geld zur Verfügung.

Für welche Zwecke haben die Unternehmen die ihnen überlassenen „Steuergewinne“ ausgegeben?

Wo sind die Verwendungsnachweise, wo ist die Kosten-Nutzen-Rechnung, wo wird Rechenschaft abgelegt? Fakt ist: Milliarden werden als Blanko-Scheck verteilt.

Wir zahlen, sollen aber nicht wissen, wofür.

Die Ausgaben der Unternehmen, die mit Steuergeschenken subventioniert wurden, gehören auf den Prüfstand!

2-3

Der Staat hat genug Geld ... für die Subventionierung von Firmenübernahmen und Finanzgeschäften

1998 waren die Unternehmensgewinne um 200 Mrd. DM höher als im Krisenjahr 1993 . Die Gewinnsteuern jedoch blieben gleich hoch (vgl. 2-1). Auf den Gewinnzuwachs in Höhe von 200 Mrd. DM wurde also keine müde Mark Gewinnsteuer gezahlt!

Im gleichen Zeitraum wuchs das Geldvermögen der Unternehmen aus Industrie, Baugewerbe, Handel und Verkehr um 1.100 Mrd. DM.

Die staatlichen Steuergeschenke verwandelten die Unternehmen in Ausgaben¹

für den Kauf von Auslandsbeteiligungen (plus 285 Mrd. DM),

für den Kauf von Wertpapieren (plus 71 Mrd. DM)

für die Vergabe von Krediten ins Ausland

(enthalten in den 170 Mrd. DM, um die sich die Forderungen der Unternehmen gegenüber dem Ausland erhöhten)

für die Aufstockung der flüssigen Mittel (plus 330 Mrd. DM)

¹ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1998, 6/1999, S. 25

2-4

Der Staat behauptet, Gewinnsteuersenkungen kämen Investitionen und Arbeitsplätzen zugute

Tatsache ist:

Es wurden keine zusätzlichen Sachinvestitionen getätigt.

Von 1993 bis 1998 erhöhten die Unternehmen die Sachinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten um 56,7 Mrd. DM.

Die Zunahme der Investitionen wurde jedoch **vollständig** aus der Zunahme der Abschreibungen finanziert, die um 58,4 Mrd. DM stiegen*. Gewinnsteuersenkungen waren also für Investitionen nicht nötig.

Es gab mehr Arbeitslose.

Aus den steuerfreien Zusatzgewinnen wurde keine Mark für zusätzliche Anlagen investiert!

Die Investitionen dienten im wesentlichen dazu, Arbeitskräfte überflüssig zu machen und die Produktivität zu erhöhen.

Von 1993 bis 1998 stieg die Zahl der Arbeitslosen um 860.000 auf 4.279 Millionen.

Von den Gewinnsteuersenkungen hatten die Arbeitslosen nichts.

Gewinnsteuern senken, weniger Arbeitskräfte beschäftigen und Investitionen drosseln sind nur verschiedene Methoden, ein- und dasselbe Ziel zu erreichen: die Anhebung der Profite und darüber der Profitraten (vgl. 3-1).

* Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1998, 6/1999; Institut der Deutschen Wirtschaft, Zahlen 1999, Tab. 34 und 35

2-5

Der Staat hat genug Geld

... für den Ausgleich von Verlusten der Banken aus windigen Geschäften

Von 1993 bis 1998 beliefen sich die Verluste der Kreditinstitute, die vor allem aus dem Geschäft mit Krediten entstanden, auf insgesamt 165 Mrd. DM.¹ Die Steuerausfälle betragen schätzungsweise 65 Mrd. DM .

Die Verluste, die aus sinkenden Bewertungen von Sachanlagen (z.B. Immobilien) und anderen Finanzanlagen entstehen, sind noch nicht berücksichtigt (Beispiel Holzmann).

Allein die Hypo-Vereinsbank hat *„bei dubiosen Grundstücks- und Objektgeschäften rund sieben Milliarden DM in den Sand gesetzt“*.²

Die Banken legen Milliarden in riskanten Geschäften im In- und Ausland an, deren Rückzahlung von Anfang an in den Sternen steht.

Warum sollen wir für Verluste haften, die wir nicht verursacht haben?

¹ Monatsberichte Deutsche Bundesbank 7/1999, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute, 57

² Frankfurter Rundschau 23.2.2000

2-6

Der Staat hat genug Geld

... für die Vermehrung des Immobilienvermögens der Reichen

Unternehmen und Spitzenverdiener können ihre Steuern senken, indem sie z.B. Investitionen in Immobilien in Ostdeutschland mit hohen Abschreibungen vom zu versteuernden Einkommen absetzen konnten. Dadurch fielen z.B. die Einnahmen aus veranlagter Einkommenssteuer¹ erheblich.

Veranlagte Einkommensteuer

in Mrd. DM; ab 1991 Gesamtdeutschland

1970	16,0	1991	41,5	1995	14,0
1980	36,8	1992	41,5	1996	11,6
1985	38,6	1993	33,2	1997	5,8
1990	36,5	1994	25,5	1998	11,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

In den fünf Jahren von 1994 bis 1998 traten im Vergleich zum Krisenjahr 1993 Steuerverluste in Höhe von insgesamt 100 Milliarden DM auf.²

Der größte Teil der geringeren Steuereinnahmen ist durch Subventionen für den Bau von und den Besitz an Immobilien in Ostdeutschland verursacht.

Der Staat hatte genug Geld z.B.

- für den Wiederaufbau des Hotels Adlon, des teuersten Nobelhotels in Berlin, mit seinen blattvergoldeten Deckentapeten,
- für den Wiederaufbau der luxuriösen Tabakmoschee in Dresden
- für Luxuswohnungen,
- für überdimensionierte Gewerbeparks und Einkaufszentren,

- für den Bau leerstehender Bürogebäude in Leipzig usw.

Die Pflege der Vermögensanlage der Reichen war dem Staat wichtiger als Ausgaben für Krankenhäuser, Schulen und Verwaltungen.

Warum sollen wir dafür zahlen?

¹ Veranlagte Einkommenssteuer ist die Gewinnsteuer der Personengesellschaften.

² Ein Teil der Mindereinnahmen ist darauf zurückzuführen, daß seit 1993 die Rückerstattungen an veranlagte Arbeitnehmer von der veranlagten Einkommenssteuer abgezogen werden.

2-7

Der Staat hat genug Geld

... für Profitsubventionen

in Form der Vergabe von Aufträgen und Betreiberverträgen für überdimensionierte Kläranlagen, Park- und Bürohäuser, Rathäuser, Anlagen für Müllrecycling, Entertainment-Center, Einkaufscenter usw.

Ein Beispiel¹:

Ein Immobilienfonds von Oppenheim & Cie., dem größten privaten Bankhaus in Deutschland, baute in Köln für 600 Mio. DM ein neues Technisches Rathaus und für 300 Mio. DM die Köln-Arena, die modernste Mehrzweckhalle der Welt.

Dadurch entstanden der Stadt hohe Verluste.

- Die Fonds-Einleger können die 900 Mio. DM mit hohen Verlustzuweisungen steuerlich absetzen.
- Die Stadt verkaufte dem Fonds ein Grundstück unter Marktwert.
- Die Stadt mietet das Rathaus für 32 Mio. DM im Jahr und sichert damit den Anlegern, den einflußreichsten Leuten in Köln, jährlich 4% Rendite.
- Obwohl ihr das Gebäude nicht gehört, muß die Stadt alle Reparaturen bezahlen, ebenso die Standardtechnik (40 Mio. DM).

* Das Rathaus ist zu groß, die Miete liegt über der ortsüblichen Miete („*vermieterfreundlichster Vertrag in ganz Köln*“, so der damalige OB Blum). Andere Gebäude stehen jetzt dafür leer, kosten aber weiterhin Miete.

- Der Oberstadtdirektor Ruschmeier (SPD), der diesen Vertrag zu Lasten der kommunalen Finanzen einfädelt, ist heute Geschäftsführer des Fonds, mit dem er den Mietvertrag abgeschlossen hatte.

Ein Teil der kommunalen Schulden beruht auf vergleichbaren Bereicherungsprojekten.

Warum sollen wir dafür zahlen?

Kommunale Schulden könnten reduziert werden, wenn man solche Projekte neu aufrollt, Verträge kündigt und Schadenersatz verlangt.

¹ Werner Rügemeier, Der Sanierungsfalz Holzmann, FR 15.3.2000

2-8

Warum sollen wir dafür zahlen,

**... daß der Staat im Interesse der Banken und
Konzerne Steuerprüfungen vernachlässigt und
dadurch auf Gewinnsteuern verzichtet?**

Während Lohnsteuerzahler jährlich geprüft werden, wurden Großbetriebe in Deutschland 1997 nur alle 4,5 Jahre geprüft (Hessen: alle 5,1 Jahre), Mittelbetriebe nur alle 12,7 Jahre (Hessen: 15,1 Jahre) und Kleinbetriebe alle 23,3 Jahre (Hessen: alle 33 Jahre).

Auch Großbetriebe wurden nicht jährlich geprüft, sondern nur alle fünf Jahren.

1997 waren in ganz Deutschland 9.978 Betriebsprüfer beschäftigt, 1980 waren es allein in Westdeutschland 9.031

1997 haben Betriebsprüfer 18,5 Mrd. DM mehr Steuern durch Betriebsprüfungen eingebracht, überwiegend bei Großbetrieben.

Eine Verdopplung der Zahl der Betriebsprüfer für Großbetriebe würde eine deutliche Erhöhung der Steuermehreinnahmen bringen.

Quellen:

WSI-Mitteilungen, Sonderheft 1997, 36; Hessische Lehrerzeitung HLZ 10/1999

2-9

Warum sollen wir dafür zahlen, ... daß die Reichen Steuern hinterziehen?

Alle deutschen Großbanken haben vermögenden Kunden Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet. Bankmanager waren selbst mit von der Partie wie der ehemalige Vorstandssprecher der Dresdner Bank und andere Dresdner Bank-Vorstände.

Von 1993 bis 1997 sollen nach Angaben deutscher Steuerfahnder 300 Mrd. DM anonym in die Schweiz geflossen sein ¹, nach Luxemburg weitere 500-600 Mrd. DM. Wieviele Milliarden sind es in Liechtenstein, Österreich und anderswo?

Von 1993 bis 1996 hätten nach der angelegten Geldmenge, die bekannt war, 125 Mrd. DM Zinsabschlagssteuer gezahlt werden müssen. Eingegangen sind aber nur 50 Mrd. DM ².

Rechnen wir bis 1998 weiter, dann sind von 1993 bis 1998 mehr als 110 Milliarden DM an Zinsabschlagssteuern von einer ehrbaren Oberschicht hinterzogen worden, die überall hart durchgreifen will, nur nicht bei sich selbst und die alles auf den Prüfstand stellen will, nur nicht sich selbst.

Übrigens:

Die Vermögenden verlieren jährlich 40 Milliarden DM durch Anlagebetrüger, denen sie ihr Geld zur Verfügung stellten.

Lieber verjubeln sie das Geld, als über Steuern gesellschaftliche Zwecke zu befriedigen.

¹ Werner Rügemer, Grüezi! Bei welchen Verbrechen dürfen wir behilflich sein?, Heilbronn 1999, 18

² Rügemer, ebda., 54

2-10

Warum sollen wir ferner dafür zahlen,

- daß der Staat die **Vermögenssteuer** abschafft (Einnahmeverlust 9 Mrd. DM), damit die Reichen ihre Aktienanlagen aufstocken können?

- daß der Staat zwar den Kauf von Brot mit Mehrwertsteuer belegt, nicht aber den Kauf von Aktien und den spekulativen Kauf von Devisen? Allein die Besteuerung des Aktienhandels mit Mehrwertsteuer würde mehrere Hundert Milliarden DM einbringen.

- daß der Staat der Atomindustrie erlaubt hat, 70 Milliarden DM steuerfreie Rückstellungen aus Gewinnen zu bilden?

Mit diesen zinslosen Steuerkrediten (jährliche Subvention: rd. 5 Mrd. DM) konnten sich die Atomkonzerne in die Telekommunikation einkaufen.

Die Auflösung der Rückstellungen würde 30 Mrd. DM einbringen.¹

¹ Quelle: Frankfurter Rundschau 18.11.1999

2-11

Vorläufiger Höhepunkt der Steuergeschenke

- die Steuerreform 2000

20 Jahre Gewinnsteuersenkungen haben die Wirtschaft kaum belebt, allenfalls die Finanzanlagen. Eine Selbstfinanzierung nach dem Motto: Die Steuergeschenke von heute sind die Steuergewinne von morgen, ist in keiner Weise festzustellen.

Die Gewinnsteuersenkungen haben uns genau die Staatsverschuldung eingebrockt, die jetzt mit weiteren Gewinnsteuersenkungen behoben werden soll.

Da die verordnete Medizin 20 Jahre nicht gefruchtet hat, hat sich die SPD-Grünen-Regierung entschlossen, die Dosis extrem zu erhöhen. Sie hofft weiter auf Heilung durch Selbstfinanzierung. Sie hofft, die massiven Einnahmeausfälle durch höheres Wachstum und damit wiederum höhere Steuern ausgleichen zu können.

- * Sie reduziert die Körperschaftssteuer von 45% auf 25%.
- * Sie plant im Interesse der Banken, Versicherungen und Konzerne die Abschaffung der Besteuerung von Gewinnen, die aus der Veräußerung von Firmenbeteiligungen entstehen.
- * Sie reduziert die Gewerbesteuer.
- * Sie senkt im Interesse der Reichen den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer (Ziel: Gleichbehandlung mit Kapitalgesellschaften, also ebenfalls 25% Steuersatz).

Die Gesamtausfälle sollen sich im Jahre 2001 weit über 20 Mrd. DM belaufen.

Je umfangreicher die Gewinnsteuersenkungen für die private Wirtschaft sind, desto umfangreicher müssen die staatlichen Ausgabenkürzungen sein.

„Jetzt ist die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben dringlich - sie ist Voraussetzung für die Senkung der exorbitanten (d.h. außerordentlich hohen, d.V.)

Steuerlast," so der ehemalige Deutsche-Bank-Vorstand Ulrich Cartellieri (jetzt CDU-Schatzmeister).¹ Das ist jetzt Regierungsprogramm.

Umgekehrt gilt dasselbe: die Reduzierung der Gewinnsteuern zwingt zu massiven Ausgabenkürzungen.

Über den Zweck des Sparpakets 1999 schrieb die Wirtschaftswoche: „*Ohne Kürzungen im Etat kann er (Eichel) die geplante Reform der Unternehmens- und Einkommensteuer nicht realisieren*“ (27.05.1999, 18).

Weitere Sparpakete werden folgen. Noch stärkere Kürzungen von Sozialleistungen, Bildungs- und Personalausgaben, Verschiebung von Zahlungen des Bundes auf Länder und Gemeinden usw. werden die Mittel sein, um die zusätzlichen Gewinnsteuerausfälle zu finanzieren.

Der Staat kürzt in der Gegenwart und vertröstet uns auf die Zukunft.
Was aber, wenn der Selbstfinanzierungseffekt nicht eintritt?

¹ nach Rainer Roth, Das Kartenhaus, Frankfurt 1999, 142

3 Wohin fließt das Geld?

3-1

Sparen für die Anhebung der Prozentsätze von Renditen?

Unternehmen dienen in unserer Wirtschaftsordnung einzig und allein dem Zweck, Gewinne zu erwirtschaften. Entscheidend ist dabei nicht die absolute Höhe der Gewinne, sondern die Rendite (oder Profitrate). Profitrate ist das Verhältnis des Gewinns zum Kapital, das für Sachanlagen und Personal eingesetzt wird. Beläuft sich beispielsweise der Gewinn eines Unternehmens auf 10 Millionen DM und das eingesetzte Kapital auf 100 Millionen DM, so ist die Profitrate 10% (10 dividiert durch 100).

Wenn das investierte Kapital rascher steigt als die Profite, fällt die Profitrate. Es ist gerade die durch Investitionen steigende Produktivität, die dazu führt, daß die Profitraten in allen Industrieländern langfristig gefallen sind. Denn durch Investitionen steigt einerseits der Umfang des investierten Kapitals, andererseits sinkt die Zahl der Arbeitskräfte erheblich, die die Gewinne erwirtschaften. Anders ausgedrückt: Unternehmen brauchen immer mehr Kapital, um dieselbe Profitsumme zu erzielen.

Profitraten der Unternehmen

in Produzierendem Gewerbe*, Handel und Verkehr (Westdeutschland)¹

(nach der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank)

	Brutto- profitrate** in%	Netto- profitrate** in%	Brutto- profitrate in%	Netto- profitrate in%
1965	16,8	6,7	1991 9,0	5,5
1970	15,0	8,1	1992 7,1	4,1
1975	11,3	4,9	1993 5,1	3,2
1980	12,2	4,2	1994 7,6	4,3
1985	11,8	5,0	1995 7,7	4,6
1985***	13,2	5,6	1996 7,5	4,8
1990	14,5	6,2	1997 9,5	6,2
			1998 10,5	6,7

* Produzierendes Gewerbe = Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung und Baugewerbe

** Bruttoprofitraten sind die Renditen vor Steuern, Nettoprofitraten die Renditen nach Steuern

*** Umstellung von Bruttoanlagevermögen auf Nettosachanlagevermögen

Die Profitraten bis 1985 sind dadurch zu niedrig ausgewiesen.

Bruttoanlagevermögen: Anlagevermögen vor Abschreibungen d.h. Wertverlust. Netto-

sachanlagevermögen: Sachanlagevermögen nach Abschreibung.

Die Bruttoprofitraten sind gefallen. Für die Unternehmen entscheidend ist aber die Nettoprofitrate. Die massiven Gewinnsteuersenkungen haben dazu beigetragen, daß die Nettoprofitraten erheblich langsamer gefallen sind als die Bruttoprofitraten.

Da die Renditen aber aufgrund der Produktivitätssteigerungen weiterhin unter Druck stehen, sind weitere Gewinnsteuersenkungen notwendig. Je mehr die Renditen unter Druck stehen, desto größer wird das Bedürfnis nach Gewinnsteuersenkungen.

Ein Faß ohne Boden!

Und dafür sollen wir sparen?

¹ Quelle: Rainer Roth, Das Kartenhaus, Frankfurt 1999, 29 und für die Jahre ab 1996: Monatsberichte Deutsche Bundesbank, 3/2000, 31)

3-2

Sparen für die Förderung der Konzentration von Banken und Konzernen?

Da die Massenkaukraft kaum noch zunimmt, andererseits aber die Produktivität sehr schnell steigt, können sich Unternehmen in wachsendem Maße nur ausdehnen, indem sie Konkurrenten aufkaufen.

Firmenübernahmen machen es möglich, mit noch weniger Personal noch mehr zu produzieren und die Profitraten anzuheben.

Mithilfe der von uns finanzierten, staatlich erhöhten Gewinne bekommen vor allem die großen Banken und Konzerne mehr Geld, um Konkurrenten im In- und Ausland (vgl. 2-3) aufzukaufen oder zu erdrücken.

Fusionen kommen heute überwiegend durch Aktientausch im Verhältnis der Unternehmenswerte zueinander zustande. Aktien sind die gängige „Währung“ bei Fusionen. Die staatliche Subventionierung der Profitraten durch Gewinnsteuersenkungen steigert die Aktienkurse und damit den „Unternehmenswert“. Durch Gewinnsteuersenkungen erleichtert der Staat auch in dieser Hinsicht Konzentrationsprozesse.

Banken verdienen an Provisionen, die bei Firmenverkäufen und Firmenübernahmen anfallen, wesentlich mehr als im Kreditgeschäft.

Wollen wir dafür sparen, damit die großen Konzerne noch größer werden und die Banken daran verdienen?

3-3

Sparen für die Ausdehnung der Aktienmärkte?

- Die Banken verdienen mit Aktienhandel mehr als im Kreditgeschäft.

Wenn der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer gesenkt wird, wenn die Vermögenssteuer wegfällt usw., wenn also die Steuern für die Reichen gesenkt werden, erhöht das den Umfang der Gelder, die sie den Banken und Versicherungen für Vermögensanlage z.B. in Aktien zur Verfügung stellen können.

- Banken und Anleger wollen sich wegen der fallenden Renditen aus dem Geschäft mit Staatsanleihen in das profitablere Aktiengeschäft zurückziehen. Sie verlangen deshalb eine Reduzierung und schließliche Beseitigung der staatlichen Neuverschuldung.

*„Bis Ende 1998 waren die Renditen für langfristige Anleihen in den Industrienationen auf vielfach noch nie dagewesene Tiefstände gesunken. Im Euroraum war die Durchschnittsrendite zehnjähriger Anleihen seit den späten 40er Jahren nicht mehr so tief gewesen“.*¹

Die Umlaufrendite 3 auf Anleihen der Öffentlichen Hand fiel in Deutschland von 8,8% im Jahre 1990 auf 4,4% im Jahre 1998.²

- Banken, Konzerne und Anleger profitieren mehr von Gewinnsteuersenkungen und Aktienanlage als von Staatsschulden. Also verlangen sie gleichzeitig massive Gewinnsteuersenkungen **und** die Reduzierung der Staatsschulden.

Voraussetzung für beides sind massive Kürzungen bei allen Ausgaben des Staates, die uns zugute kommen.

Wollen wir sparen, damit Finanzanleger bessere Geschäfte machen?

¹ Europäische Zentralbank, Jahresbericht 1998, 41

² Monatsberichte Bundesbank, Tab. VIII Nr. 1 und Nr. 7

³ Die Umlaufrendite bezieht den jeweiligen Durchschnittszins auf den Durchschnittskurs der Staatsanleihen. Die Staatsanleihen werden auf dem Rentenmarkt zum Tageskurs gekauft und verkauft. Die Umlaufrendite fällt mit sinkenden Zinsen und steigenden Kursen der Staatsanleihen.

3-4

Staatsverschuldung - Folge von Profitratensubventionen

Staatsschulden sind das Ergebnis von Haushaltslöchern, die dadurch entstehen, daß die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückbleiben (= Haushaltsdefizite).

„Die ... Haushaltslöcher sind die Folge der sich seit Jahren summierenden Steuergeschenke an die Unternehmen“¹

„Der Staat verzichtet zunächst auf Steuern zugunsten dieser Gruppen (gemeint sind die Banken, Unternehmen und Besserverdienenden, d.V.) und schließt anschließend die wachsende öffentliche Finanzlücke durch Kreditaufnahme bei ihnen“.²

Mit langfristig gefallenem Profitraten fielen die Steuersätze auf die Gewinnsteuern und die Staatsschulden stiegen.

Verschuldung Bund, Länder, Gemeinden und Schuldendienst³

	Staatsschulden* in Mrd. DM	Zinsen in Mrd. DM	Tilgung in Mrd. DM	Zinszahlungen in % der Lohnsteuern
1965	84	3,5	3,6	21,0
1970	126	6,8	8,1	19,4
1975	256	14,5	32,6	20,4
1980	468	29,4	69,6	26,3
1985	760	55,8	101	37,8
1990	1.053	64,6	118	36,4
1991**	1.173	77,1	154	36,0
1992	1.345	100,3	153	40,5
1993	1.509	104,1	150	40,4
1994	1.662	112,0	184	42,0
1995	1.995	130,9	297	46,3
1996	2.129	131,5	279	52,3
1997	2.215	135,7	351	54,6
1998	2.280	134,0		51,5
1999	2.350s	141s		

s = Schätzung; * Ohne Schulden der Staatsunternehmen;

** ab diesem Jahr Deutschland

Für die Kredite und Anleihen, die der Staat aufnimmt, zahlt er den Besitzern des Kapitals Zinsen. Kredite und Anleihen müssen zurückgezahlt werden. Die Rückzahlungsbeträge nennt man Tilgung.

- Die ArbeitnehmerInnen zahlen Lohnsteuern heute in erster Linie für die Zahlung von Zinsen an Banken und Anleger.

¹ Rudolf Hickel in Erziehung & Wissenschaft 12/95, 2

² Dieter Eißel aus: GEW Dokumentation 13. Mai 1996, 54

³ Zahlen aus: Jahresgutachten Sachverständigenrat, Statistisches Taschenbuch 1999, Statistische Jahrbücher, Monatsberichte Bundesbank

3-5

Sparen für Zinszahlungen und Tilgung der Staatsschulden?

Zinsen und Tilgung der Schulden sind mit Abstand die bedeutendsten Staatsausgaben. Entstanden zum Ausgleich der Profitsubventionen werden sie zu einem weiteren massiven Sachzwang zu Einsparungen auf unsere Kosten.

Um Zinsen und Tilgung zu zahlen, werden Ausgaben für Soziales, Bildung, Kultur, Sport, Personal, Investitionen usw. zusammengestrichen.

Beispiele:

Die Kürzungen bei Arbeitslosen durch das „Sparpaket“ 1999 in Höhe von 5 Milliarden DM entsprechen den Zinsen für 13 Tage und 8 Stunden.

Kürzungen beim Wohnungsbau in Höhe von 1 Mrd. DM decken die Zinsen für 2 Tage und 16 Stunden.

Kürzungen bei Volkshochschulen in Höhe von 5 Millionen DM decken die Zinsen für 32 Minuten.

Die Schließung eines Jugendzentrums (Einsparung: 250.000 DM) deckt die Zinsen für 1 Minute und 36 Sekunden ab.

1998 zahlten Bund, Länder und Gemeinden 135 Mrd. DM nur für Zinsen

Das entsprach den gesamten Personal- und Investitionsausgaben¹
für

Kindergärten,

Grund- und Hauptschulen, Gesamtschulen und Berufliche Schulen, Fachhochschulen,

Theater, Musik, Museen,

Wohnungswesen,

Sport und Erholung sowie

Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde und dem

Bau von Gemeinde- und Kreisstraßen, Bundes- und Landesstraßen.

Jedes Prozent Zinserhöhung kostet den Staat heute 23 Mrd. DM.

Das ist weit mehr als die Nettoausgaben der Sozialhilfe für die Hilfe zum Lebensunterhalt (17 Mrd. DM).

Warum sollen wir für Schulden aufkommen, die nicht in unserem Interesse aufgenommen wurden?

3-6

Sparen für die Bereicherung der Banken und der Reichen

Wenn wir sparen, damit der Staat Zinsen und Tilgung auf die Staatsschulden zahlen kann, sparen wir letztlich für die Bereicherung von Banken und der Reichen.

Zinsen auf Staatsschulden in Deutschland

(in Mrd. DM)

an	Unternehmen	Private Haushalte	Ausland
1991	52,2	9,8	13,6
1992	69,4	12,4	17,6
1993	63,8	13,1	26,2
1994	69,6	12,0	29,5
1995	91,2	15,7	23,2
1996	92,9	14,2	23,7
1997	99,0	13,4	22,6

(Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Konten und Standardtabellen 1997, Wiesbaden 1998. 231)

„So zahlt der Staat den mit Abstand größten Teil seiner Schuldzinsen an die Privatwirtschaft“.¹

„Der Schuldendienst der Regierung (läuft) auf eine massive Umverteilung hinaus. Die Steuern für die Bedienung der Schulden stammen aus den Taschen

der Bevölkerungsmehrheit und wandern von dort in die Kassen der ohnehin Reichen“.²

Warum sollen wir dafür zahlen?

Die Zinsen fließen nicht in erster Linie an kleine Leute, die für ihr Alter vorsorgen.

Schulden und Zinszahlungen werden nicht auf den Prüfstand gestellt, weil sie eben **nicht** kleinen Leuten zufließen, sondern Finanzinstituten und Unternehmen.

¹ Oskar Lafontaine, Christa Müller, Keine Angst vor der Globalisierung, Bonn 1998, 264

² Gero Jenner, Das Ende des Kapitalismus, Frankfurt 1999, 154

3-7

Von wem hängt der Staat ab?

Wenn der Staat die Gewinnsteuern so stark senkt, daß er seine Finanzen nur noch mit Schulden im Lot halten kann, müssen die Nutznießer dieser Steuer-senkungen sehr großen Einfluß im Staat haben.

Die Steuergeschenke kommen in erster Linie den großen Kapitalgesellschaften zugute. Diese wiederum stehen unter der Kontrolle der Banken. 1 Sie haben die Stimmenmehrheiten auf den Hauptversammlungen, beherrschen die Konzerne durch Kredite und Aktienbeteiligungen und - in wachsendem Maße - auch über die Vermittlung von Firmenkäufen und - verkäufen usw..

Die Staatsverschuldung als Folge der Profitratensubventionen ist ihrerseits zur Mittel der Kapitalanlage für Banken und Anleger geworden. Da ohne Schulden im Staat nichts läuft, haben die Banken aus diesem Grunde bedeutenden Einfluß auf den Staat und seine Finanzen. Mit steigender Staatsverschuldung steigt das Gewicht ihrer Profitinteressen.

Wer sind nun die Geldgeber des Staates?

Banken

Die öffentlichen Schulden betragen Ende 1998 insgesamt 2.280 Mrd. DM. Mehr als die Hälfte, nämlich 1.179 Mrd. DM, hatten Banken direkt zur Verfügung gestellt, darunter 894 Mrd. DM über Kredite und 235 Mrd. DM über den Ankauf staatlicher Wertpapiere. 2

Länder und Gemeinden finanzieren ihre Schulden fast vollständig aus direkten Darlehen der Kreditinstitute.

... und andere Unternehmen

Die andere Hälfte der öffentlichen Schulden wird überwiegend über Anleihen (Monatsberichte 10/99, 57*) von Anlagegesellschaften, Versicherungen und anderen Unternehmen aufgenommen. Der Bund finanziert sich überwiegend über den Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren (Anleihen). Anleihen

sind Schuldverschreibungen, in denen sich der Aussteller (Bund usw.) zur Rückzahlung und Verzinsung der geliehenen Geldsumme verpflichtet. Die Staatsanleihen werden über Banken gehandelt, die dafür Provisionen kassieren. Die Bundeswertpapiere (Anleihen, Obligationen und Schatzanweisungen) werden über ein Bankenkonsortium von 59 Banken verkauft (die „Bietergruppe Bundesemissionen“). Auf die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Bayerische Hypo- und Vereinsbank entfielen dabei anteilmäßig die meisten Verkäufe.³

Auf Länderebene spielen Landesbanken, auf kommunaler Ebene Sparkassen und Genossenschaftsbanken eine größere Rolle. Die privaten Großbanken arbeiten mit voller Kraft daran, daß diese privatisiert werden und damit auch die Finanzen der Länder und Kommunen ihrem direkten Einfluß unterworfen werden.

¹ Florian Dohmen, Die Macht der Banken, Beilage zu Sozialismus 12/1998, 15

² Monatsberichte Deutsche Bundesbank 10/99, 31*,55*,57*

³ Pressenotiz Deutsche Bundesbank vom 21.12.1999 in Auszüge aus Presseartikeln Nr. 77, 28.12.1999, 18

3-8

Sparen für den Abbau von Staatsschulden?

Selbst Finanzminister Eichel bezeichnete die Staatsverschuldung als „*das unsozialste Umverteilungsprogramm*“ (FR 24.11.1999).

Die Bundesregierung strebt bis zum Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt an und will ab dann Überschüsse erwirtschaften, um die Staatsschulden abzubauen.

Das Ziel des Abbaus der Staatsschulden wird aber auf dem Rücken derer verwirklicht, die jetzt schon das unsoziale Umverteilungsprogramm Staatsverschuldung finanzieren. Das erste Sparpaket zu Lasten von Arbeitslosen und RentnerInnen mit einem Einsparvolumen von rd. 30 Mrd. DM ist verabschiedet. Weitere werden Jahr für Jahr folgen.

Genauso wenig wie Gewinnsteuersenkungen die versprochenen Investitionen und Arbeitsplätze gebracht haben, genauso wenig bringen die Sparmaßnahmen den versprochenen Abbau der Staatsverschuldung.

Sind die Staatsschulden, die uns Banken und Konzerne eingebrockt haben, überhaupt noch rückzahlbar?

Diese Frage muß man stellen und nüchtern prüfen.

Warum sollten wir für den Abbau von Staatsschulden sparen, die überhaupt nicht rückzahlbar sind?

4 Der Staat ist faktisch bankrott.

4-1

Stellen Sie sich vor, Ihr Privathaushalt wäre der Bundeshaushalt ...

Dann

- beliefen sich Ihre Schulden auf 165.000 DM.

- müssten Sie bei einem Nettoeinkommen
von z.B. 4.000 DM (einschließlich Kindergeld für ein Kind)
monatlich
750 DM Zinsen zahlen und
2.250 DM Tilgung.

Von den mtl. verbleibenden 1.000 DM könnten Sie nicht einmal die volle Miete zahlen.

Geld, um sich Lebensmittel zu kaufen, hätten Sie nicht.

Als Privatmann wären Sie zahlungsunfähig d.h. bankrott.

Aber nehmen wir an, Sie sind die Bundesregierung.

Dann finden Sie immer wieder Banken und Anleger, die Ihnen neue Kredite und Anleihen zur Verfügung stellen.

Dann bekommen Sie monatlich 2.750 DM an neuen Krediten und tilgen damit alte Kredite in Höhe von 2.250 DM.

Ihr Schuldenberg wächst zwar netto um monatlich 500 DM,
aber Sie können damit immerhin den größten Teil der Zinsen zahlen.

4-2

Bundshaushalt: 80% der Einnahmen für Zinsen und Tilgung der Schulden

1998 hatte der Bund 400 Mrd. DM Einnahmen.

Zinsen und Tilgung für die Bundesschulden (der „Schuldendienst“) fraßen 330 Mrd. DM auf bzw. mehr als 80% der Einnahmen

- Die **Tilgungszahlungen**¹ des Bundes machten 250 Mrd. DM aus.
- Die **Zinszahlungen**² verschlangen rd. 80 Mrd. DM.

Ein Glück, daß die Zinsen auf einem historischen Tiefstand liegen.

Um Zinsen und Tilgung zahlen zu können, nahm der Bund für etwa 300 Mrd. DM neue Anleihen und Kredite auf.

Seine Verschuldung wuchs 1998 **netto** aber nur um rd. 56 Mrd. DM. Die Netto-neuverschuldung ist die Differenz zwischen den neu aufgenommenen Schulden (brutto) minus den zurückgezahlten Schulden.

Die **Gesamtverschuldung** des Bundes stieg auf 1.454 Mrd. DM.

Bundshaushalt ²

	Steuer- einnahmen ³	Zinsen	Tilgungen ²	Zins/Tilgung in% Steuern
alle Angaben in Milliarden DM				
1992	357	74	84	44
1995	391	86	128	55
1997	368	85,6	186	74
1998	379	80	250	87

Die Schlinge zieht sich zu.

¹ Statistisches Jahrbuch 1999, Tab. 20.5.3

² Jahresgutachten Sachverständigenrat, Statistische Jahrbücher

³ Monatsberichte Deutsche Bundesbank

4-3

Der Staat* kann seine Schulden nie wieder zurückzahlen

... weder aus Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen deckten 1998 mit 833 Mrd. DM etwas mehr als ein Drittel der Staatsschulden ab.

1970, vor Beginn der ersten großen Krise, waren es noch 122%.

Aus Steuereinnahmen kann der Staat seine Schulden nicht mehr zurückzahlen.

... noch aus dem Staatsvermögen

Das staatliche Sachvermögen wurde für 1997 auf etwa 2.600 Mrd. DM geschätzt.¹

Der größte Teil des Staatsvermögens (rd. 1.750 Mrd. DM) entfällt auf **Tiefbauten** d.h. auf Straßen, Brücken, Kanalisation, Wasserwege usw..

Wer kauft Straßen, Brücken und Abwasserkanäle? Die Bundesbank erklärte deshalb, daß „*das staatliche Sachvermögen wegen des speziellen Verwendungszwecks keinen oder nur einen erheblich geminderten marktlichen Veräußerungswert haben kann.*“²

Auf etwa 750 Mrd. DM wird der Wert der **Bauten im Staatsbesitz** veranschlagt.³

Alle Ministerien, Rathäuser, Behörden, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Wohnungen im Staatsbesitz usw. müßten verkauft werden.

* Staat = Bund, Länder und Gemeinden

1 Monatsberichte Bundesbank 4/1999, 43

2 Monatsberichte Bundesbank 4/1999, 42

3 Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.3, Hauptbericht 1997, Wiesbaden 1998, 267

Aus dem Verkauf von **Staatsunternehmen** hat der Bund von 1982 bis 1999 gerade Mal 60 Mrd. DM eingenommen oder jährlich 3-4 Mrd. DM.⁴ Irgendwann ist das Tafelsilber ausverkauft. Was dann?

Kein Wunder, daß die alten Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden müssen.

Von 1980 bis 1999 nahmen Bund, Länder und Gemeinden Kredite und Anleihen in Höhe von 1.880 Mrd. DM netto auf.

Die Zinsen betragen im selben Zeitraum 1.615 Mrd. DM.

„Mit den Krediten von heute begleicht der Staat immer nur die Zinsen von gestern ...“ (Manfred Overhaus, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium in DIE ZEIT 14.1.1999).

⁴ FAZ 24.05.1996; DGB - Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 7/1999, 6

4-4

Deutschland - vergleichbar mit überschuldeten Ländern der Dritten Welt

- Länder der Dritten Welt sind nach einer Definition der Weltbank überschuldet, wenn Zinsen und Tilgung für die ausländischen Gläubiger mehr als 25% der Exporteinnahmen verschlingen.

Mit den Exporteinnahmen werden die für Tilgung und Zinszahlungen nötigen Devisen verdient.

Deutschland ist ebenfalls überschuldet, weil Zinsen und Tilgung an die in- und ausländischen Gläubiger rd. 50% der gesamten Einnahmen in Beschlag nehmen, aus denen sie gezahlt werden können.

1997 waren die Gesamteinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden 1.015 Mrd. DM, die Gesamtausgaben für Schuldentilgung und Zinsen dagegen 500 Mrd. DM.¹ Die Hälfte der Staatseinnahmen wurde für den Schuldendienst aufgebracht. Tendenz steigend.

- Überschuldung der Länder der Dritten Welt liegt ferner dann vor, wenn alte Kredite nur mit neuen Krediten zurückgezahlt werden. Das ist bei Krediten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank häufig der Fall.

Auch in Deutschland können alte Kredite nur mit neuen Schulden zurückgezahlt werden.

Den 40 ärmsten Ländern der Welt sind Schulden in Höhe von 70 Mrd. Dollar erlassen worden, weil anerkannt werden mußte, daß die Schulden nicht mehr zurückgezahlt werden können.

Auch in Deutschland müssen Schulden gestrichen werden, weil sie nicht mehr rückzahlbar sind.

¹ Monatsberichte Bundesbank 1/2000, 52*; Statistisches Jahrbuch 1999, Wiesbaden 1999, 505

4-5

Wollen wir, daß Finanzanleger die Haushaltspolitik bestimmen?

Wenn in Deutschland 80% der Einnahmen des Bundes für den Schuldendienst ausgegeben werden (siehe 4-2),

wenn die Staatsschulden nicht mehr durch das Staatsvermögen gesichert sind,

wenn die öffentlichen Haushalte nur deswegen nicht zusammenbrechen, weil die Banken neue Kredite geben bzw. noch bereit sind, staatliche Wertpapiere zu verkaufen,

haben die Finanzinstitute auch bei uns den entscheidenden Einfluß auf die staatliche Haushaltspolitik.

In Ländern der Dritten Welt machen die Gläubiger die Vergabe neuer Kredite von „Strukturanpassungsprogrammen“ abhängig, die der Internationale Währungsfonds erzwingt. Sie nutzen die Verschuldung, um den Multinationalen Unternehmen Vorteile zu verschaffen.

Sie verlangen

- * Steuersenkungen für das Auslandskapital bzw. das Kapital überhaupt und Erhöhung indirekter Steuern für das Volk,
- * Kürzungen von Sozialausgaben,
- * die Senkung von Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitsbereich,
- * den Abbau des staatlichen Personals und die Senkung ihrer Löhne und Gehälter,
- * die Erhöhung von Preisen für staatliche Dienstleistungen
(= Streichung von Subventionen),
- * die Privatisierung von Staatsunternehmen,
- * die Stilllegung unrentabler Staatsunternehmen,
- * die Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme usw..

Nur unter diesen harten Bedingungen vergeben der IWF und andere Gläubiger neue Kredite.¹

Zwischen den „Strukturanpassungsprogrammen“ in der Dritten Welt und der „Haushaltssanierung“ von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland besteht kein grundsätzlicher Unterschied.

¹ Aktionshandbuch Erlaßjahr 2000, Entwicklung braucht Entschuldung, Siegburg 1998, 12f.

5 Entschuldung ist angesagt

5-1

Schuldenerlaß auch in Deutschland

Diejenigen, in deren Interesse die Schulden aufgenommen wurden und die von der Verschuldung profitieren, sollen auch für sie geradestehen.

Je früher anerkannt wird, daß die Schulden nicht rückzahlbar sind, und es unsinnig ist, dafür immer mehr Lebensqualität zu opfern, desto besser.

Entschuldung ist angesagt.

Wie bei privaten Schuldnern bzw. privaten Unternehmen, die ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen können,

wie bei hochverschuldeten asiatischen bzw. afrikanischen Staaten müssen Gläubiger auch in Deutschland auf Schulden verzichten.

**Was für verschuldete Privathaushalte und Betriebe gilt,
muß auch für verschuldete Staaten gelten!**

Solange wir geduldig ständig neue Verzichtleistungen erbringen, müssen die die Verursacher und Profiteure der Staatsverschuldung auf nichts verzichten.

5-2

Streichung der Altschulden der DDR

Die Explosion der Staatsverschuldung wird u.a. damit begründet, daß sie eine unvermeidbare Folge der Wiedervereinigung gewesen sei.

Die Altschulden der DDR-Betriebe, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Wohnungsbaugesellschaften und der Kommunen wurden nicht annulliert.

Wären sie annulliert worden, hätte der Staat nur die Einlagen der DDR-Sparer garantieren d.h. auszahlen bzw. verzinsen müssen.

So aber gingen die Schulden (wie auch die Spareinlagen) auf die westdeutschen Großbanken über, die die Kreditinstitute der DDR für wenige Millionen DM kauften.

Dieser großartige Fischzug der Banken ließ nicht nur die Staatsschulden um mehrere Hundert Milliarden DM steigen, sondern ermöglichte ihnen auch, sich auf Jahre mit Zinsen und Tilgung aus Steuergelder zu versorgen.

Warum sollen wir dafür zahlen, daß sich die Banken an den Altschulden der DDR bereichern?

Quelle: Herbert Schui, Eckart Spoo (Hg.), Geld ist genug da, Heilbronn 1996, 47 ff.

5-3

Schuldenerlaß - Banken und Anleger sollen Eigenverantwortung tragen

Tatsächlich: die Staatsschulden müssen reduziert werden.

Und zwar deshalb, weil ihre Bedienung mehr und mehr die Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung in Frage stellt.

Banken und Konzerne wollen keinerlei Verantwortung für die asozialen Folgen ihrer Profitinteressen tragen.

Diejenigen, die für die Staatsschulden verantwortlich sind, wollen von Eigenverantwortung dafür nichts wissen. Die predigen sie nur denen, die gar keine Verantwortung für die Verschuldung tragen.

1. Banken und Anleger vergeben Kredite, obwohl sie wissen, daß sie nicht rückzahlbar sind.

In bezug auf Finanzkrisen der Länder der Dritten Welt haben die Finanzminister der G7-Staaten als Grundsatz vereinbart: *„Marktdisziplin kann nur greifen, wenn die Gläubiger die Folgen der von ihnen eingegangenen Risiken selbst tragen“* (Monatsberichte Bundesbank 12/1999, S. 39).

Zwischen den riskanten Krediten an Thailand und denen an die Bundesrepublik Deutschland besteht kein qualitativer Unterschied. Banken und Anleger sollen die Folgen für ihre Entscheidungen selber tragen.

Sie trifft genauso eine Eigenverantwortung wie z.B. bei privaten Schuldnern, deren Zahlungsunfähigkeit sie kannten.

Warum sollen RentnerInnen, Arbeitslose und SozialhilfebezieherInnen und Lohnabhängige für die Geschäfte der Banken und Anleger gradestehen und ihren Lebensstandard dafür senken. Je früher eingestanden wird, daß die Staatskredite zum großen Teil verloren sind, desto besser.

Die Gläubiger müssen das Risiko solange nicht selbst tragen, solange diejenigen, denen ständig gekürzt wird, sich resignativ den Interessen des Kapitals unterordnen, stillhalten und die zusätzlichen Belastungen ertragen.

2. Banken und Anleger haben Kredite vergeben, um an den Haushaltsdefiziten zu verdienen, die sie selbst verursacht haben.

Die Banken beherrschen auch die Industriekonzerne. Sie haben die gewaltigen Gewinnsteuersenkungen durchgesetzt, durch die sie ihre Probleme auf die Allgemeinheit übergewälzt haben.

Sie haben die Steuerhinterziehung von Kapitalanlegern mitorganisiert, die wiederum mit der Aufnahme von Krediten durch den Staat ausgeglichen werden mußten.

Sie sollen mit einem Erlaß von Schulden auch die Verantwortung dafür übernehmen, und nicht auf Arbeitslose und RentnerInnen abwälzen.

Sie haben genug an den Schulden verdient.

3. Die Staatsschulden verschaffen den Gläubigern beherrschenden Einfluß auf die Staatsfinanzen.

Banken und Anleger verdienen am Verkauf des Staatsvermögens, das aufgrund der Staatsverschuldung notwendig wird.

Sie haben aufgrund der Staatskredite den Haupteinfluß auf die Haushaltspolitik. Sie können, wie der IWF gegenüber Ländern der Dritten Welt, die öffentlichen Haushalte nach ihren Interessen einrichten. Sie regieren kraft ihres Kapitals und setzen die Rahmenbedingungen, die immer engeren Finanzierungsspielräume, in die die Mehrheit der Bevölkerung eingepreßt werden soll.

Der Einfluß der arbeitenden Bevölkerung auf die Staatsfinanzen kann größer werden, wenn Staatsschulden gestrichen werden.

4. Banken und Anleger nutzen die Staatsverschuldung als Hebel, um nach und nach alle Bereiche staatlicher Betätigung in private Geschäftsfelder zu verwandeln, in denen sie Profite machen können.

Indem die öffentliche Finanzierung zurückgefahren wird, werden Bildung, Gesundheit, Nutzung von Verkehrsmitteln, Altersvorsorge, Kultur, Soziale Dien-

ste usw. mehr und mehr in Waren verwandelt, die aus sinkenden Einkommen bezahlt werden müssen.

Private Bildungsfinanzierung, private Gesundheitsvorsorge, private Finanzierung von Verkehrsmittel, von sportlicher und kultureller Betätigung, private Altersvorsorge usw. dienen dazu, die Staatsausgaben zu senken, damit Banken und Anleger keinerlei Verantwortung für ihr gesellschaftsschädliches Handeln tragen müssen.

Wir sind nicht dazu da, alle Subventionen des Staates für die Prozentsätze von privaten Renditen, für Finanzanlagen und private Vermögensbildung der Reichen mit Zinszahlungen auszubaden.

Diejenigen, die dafür zahlen, haben nicht davon profitiert.

Diejenigen, die davon profitieren, zahlen nicht.

Das muß sich ändern.

Zinsverzicht - Begrenzung auf Inflationsausgleich statt volle Verzinsung

RentnerInnen, Arbeitslosen und SozialhilfebezieherInnen, aber auch ArbeitnehmerInnen wird zugemutet, nur einen Inflationsausgleich zu bekommen oder noch weniger.

Auch die Gläubiger der Staatsschulden sind Rentner, nämlich Kapitalrentner. Ihre Renten bestehen aus Zinsen. Die Staatspapiere werden auf einem sogenannten Rentenmarkt gehandelt.

Wie wäre es die Kapitalrentner für ihre Kredite an den Staat auch nur einen Inflationsausgleich bekommen?

1999 haben die Gläubiger im Durchschnitt 5,7% Zinsen für ihre Staatspapiere bekommen.

Wenn sie sich, wie die AltersrentnerInnen mit dem Inflationsausgleich in Höhe von 1,0% zufrieden geben müßten, wären 111 Mrd. DM mehr in den Staatskassen.

Ein Prozent Zinsen weniger bedeutet 23 Mrd. DM.

Einstellung der Zinszahlungen

Das einzige Druckmittel, das der überschuldete Staat in der Hand hätte, um Schuldenerlaß zu erreichen, ist die Weigerung, weiterhin Zinsen zu zahlen.

Die Zinszahlungen müssen sofort gestoppt werden.

Das und nicht Sparpakete, Sozialabbau, Bildungsabbau, Personalabbau, Abbau der Gesundheitsversorgung, der Altersversorgung usw. wäre notwendig.

Schuldenerlaß

Wenn die Gläubiger dem Bund, den Ländern und Gemeinden in Deutschland auch nur 20% der Schulden erlassen würden, wären das schon 27 Mrd. DM Zinszahlungen im Jahr weniger.

Das und nicht ein Zinsmoratorium wäre notwendig. Ein Zinsmoratorium schiebt die Zinszahlungen nur in die Zukunft auf. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß es in fünf Jahren einfacher wäre, die Zinsen zu zahlen.

Die Staatsfinanzen sind ohne einen Schuldenerlaß bzw. Zinsverzicht nicht mehr zu sanieren.

Schuldenerlaß - warum jetzt?

Zum ersten Mal strebt eine Bundesregierung an, die Staatsverschuldung zu reduzieren. Ab dem Jahr 2006 will sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Der Abbau der Staatsschulden wird zu einem weiteren Druckmittel, um alle vom Staat abhängigen Bereiche zusammenzustreichen und den Lebensstandard der breiten Mehrheit zu senken.

Der Abbau der Staatsschulden wird zu einem weiteren Mittel, um die Senkung der Gewinnsteuern voranzutreiben.

Es wird immer mehr zur Notwendigkeit, den Kampf gegen Bildungsabbau, Personalabbau, Sozialabbau und die Senkung des Lebensstandards mit dem Ziel der Streichung von Staatsschulden zu verbinden. Solange wir immer wieder verzichten, brauchen die Verursacher und Profiteure der Staatsschulden nicht zu verzichten.

Abbau von Staatsschulden ja - aber durch Schuldenerlaß!

Deshalb fordert KLARtExt:

**Einstellung aller Zinszahlungen und
Aufnahme von Entschuldungsverhandlungen.**

5-4

Die „letzte Hoffnung“: Verdrängungskonkurrenz

Die Bundesregierung setzt mit ihren Steuergeschenken für das Kapital alles auf eine Karte. Hopp oder Topp.

Vorbild sind die USA.

1998 und 1999 wies der Bundeshaushalt der USA Haushaltsüberschüsse aus, nachdem die Staatsverschuldung des Bundes seit dem Ende der Krise im Jahre 1991 bis 1998 noch um rd. 1.900 Milliarden Dollar d.h. um jährlich durchschnittlich 270 Mrd. Dollar gestiegen war.

Ursache ist ein langanhaltender Wirtschaftsaufschwung, der dazu führte, daß die Steuereinnahmen stärker gestiegen sind als die Ausgaben.

Ursache des Wirtschaftsaufschwungs ist der technologische Vorsprung (Mikroelektronik, Internet usw.), mit dem die US-Konzerne die japanische Offensive der 80er Jahre gestoppt haben.

Der technologische Vorsprung ermöglicht höhere Profitraten.

Kehrseite der US-Konjunktur ist die langanhaltende Krise Japans, die wiederum zu einem rasanten Wachstum der japanischen Staatsverschuldung führte.

Bedeutende Teile der industriellen Massenfertigung sind nach Asien und Lateinamerika verlagert worden. Das ermöglichte ebenfalls Extraprofite. Kehrseite der US-Konjunktur ist die Krise in Südostasien und Lateinamerika und die sprunghaft gestiegene Staatsverschuldung dort.

Die Konzerne haben sich rücksichtslos auf die profitabelsten Bereiche konzentriert und den Lebensstandard der Masse der Arbeitnehmer gesenkt. Das ermöglichte ebenfalls Extraprofite.

Gestützt auf technologische Monopole und überdurchschnittlich hohe Profitraten ziehen die USA das Überschußkapital der ganzen Welt an sich. All das führte zu einer Explosion der Aktienkurse und des Umfangs der Vermögen, die verwaltet werden. Aus den Kursgewinnen und Vermögenszuwächsen entsprangen weitere Impulse für die Konjunktur.

Vom Aufschwung haben nur die oberen 20% der Beschäftigten profitiert, die ihre Einkommen erheblich steigern konnten.

80% der Beschäftigten haben heute einen geringeren Lebensstandard als in den 70er Jahren. Die Armut der breiten Masse, ob sie in Arbeit ist oder nicht, vergrößert sich. Der Staat trug mit rigorosen Sparprogrammen dazu bei.

Von Extraprofiten, erheblichen Einkommenszuwächsen der Führungsschicht, sinkender Arbeitslosigkeit und Steigerung des Warenumsatzes profitierten auch die Staatsfinanzen mit steigenden Steuereinnahmen.

Die USA waren erfolgreich in der Verdrängungskonkurrenz.

Die USA bewältigen ihre Probleme durch deren Verlagerung auf die internationalen Konkurrenten und durch die radikale Senkung des Lebensstandards der eigenen Bevölkerung.

Indem die Bundesregierung auch in Deutschland den Banken und Konzernen immer mehr Profite beläßt, ihre Konzentration d.h. die Stärkung in der Konkurrenz zu den USA mit immer neuen Subventionen fördert und unseren Lebensstandard senkt, hofft sie ebenfalls, einen Aufschwung auf Kosten anderer Länder zu fördern und die Krise der Staatsfinanzen zu lösen.

Uns soll es dadurch besser gehen, daß es anderen schlechter geht.

Erfolge in der internationalen Verdrängungskonkurrenz gehen aber in allen Ländern zu Lasten der Masse der Bevölkerung und können nur durch massive Angriffe auf deren Lebensstandard erreicht werden.

Dieser Weg zum Abbau der Staatsverschuldung liegt nicht in unserem Interesse.

**Eine Lösung ist auf diesem Wege nicht möglich,
denn:**

1) Der Druck auf die Profitraten und das daraus entspringende Interesse des Kapitals an Gewinnsteuersenkungen führt auch in Zukunft zu weiteren Einnahmeausfällen.

Haushaltsüberschüsse, wenn sie überhaupt möglich sind, dienen dem Kapital eher dazu, weitere Steuersenkungen durchzusetzen, als die Staatsschulden zurückzufahren.

2) Die sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft führt langfristig zu steigender Arbeitslosigkeit, tendenziell sinkenden Löhnen und wachsendem Zuschußbedarf für Löhne und Sozialversicherung.

3) Wirtschaftskrisen brechen alle sieben bis zehn Jahre aus und erzeugen neue Haushaltsdefizite. Finanzkrisen können unabhängig von Wirtschaftskrisen oder in Verbindung mit ihnen ausbrechen und ebenfalls die Staatsfinanzen erschüttern. Beides ist nicht „eingeplant“, führt aber zwangsläufig zu höheren Defiziten und damit Staatsschulden.

Deshalb:

Statt das Kapital immer mehr zu füttern:

Schuldenerlaß und höhere Besteuerung der Unternehmensgewinne.

Anhang

Flugblatt zum Schuldenerlass in Deutschland

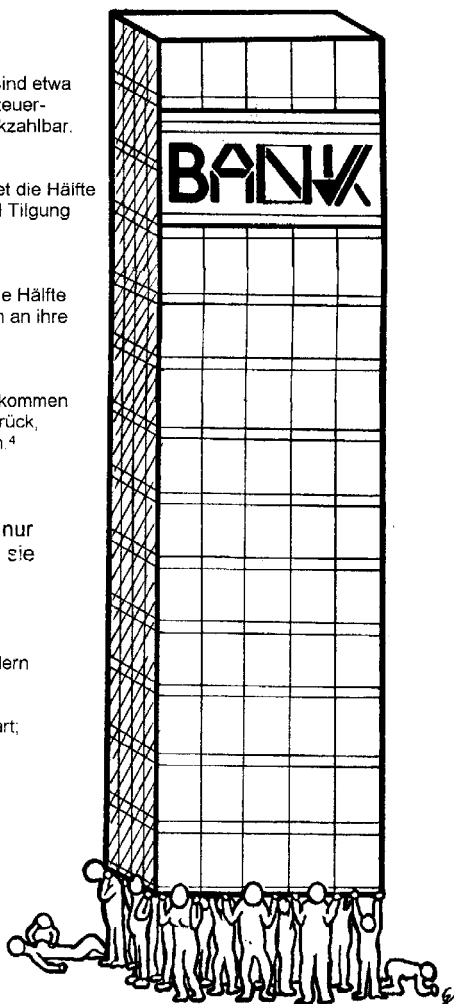
Erlaßjahr 2000

Kennen Sie dieses Land ?

- * Die Staatsschulden dieses Landes sind etwa dreimal so hoch wie die jährlichen Steuereinnahmen.¹ Sie sind nicht mehr rückzahlbar.
- * Die Regierung dieses Landes wendet die Hälfte der Steuereinnahmen für Zinsen und Tilgung der Schulden auf.²
- * Die Regierung dieses Landes gibt die Hälfte der Lohnsteuereinnahmen für Zinsen an ihre Gläubiger aus.³
- * Die Unternehmen dieses Landes bekommen mehr an Subventionen vom Staat zurück, als sie ihm an Gewinnsteuern zahlen.⁴

Die Regierung dieses Landes ist nur noch deshalb zahlungsfähig, weil sie

- sich jährlich neu verschuldet,
- ihre Zinsen mit dem Abbau von Goidern für Arme und Arbeitslose bezahlt;
- an Bildung und Dienstleistungen spart;
- die Investitionen in die Infrastruktur des Landes zusammenstreicht;
- die Massensteuern immer mehr in die Höhe schraubt.



Willkommen in Deutschland!

- Arbeitslose und arme Menschen müssen immer mehr bluten,
- Kinder werden in Kindergärten und Schulen immer schlechter betreut,
- kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen werden immer schlechter versorgt,

nur damit die Gläubiger der Staatsschulden 5,9% Zinsen bekommen !

Die Privatwirtschaft bereichert sich an Krediten, die sie der Regierung u.a. aus den ihr erlassenen Gewinnsteuern zur Verfügung stellt.

Wir fordern:

Schuldenerlaß - auch in Deutschland!